

AMS

Anschauung & Sinnlichkeit

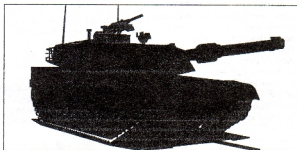
5088 99

Semesteranfangszeitung der Assoziation Marxistischer StudentInnen

Stoppt den NATO-Krieg gegen Jugoslawien !

Seit dem 24. März führt die Bundeswehr im Rahmen der NATO-Intervention Krieg gegen Jugoslawien. Begründet wird dies offiziell mit der moralischen Verpflichtung, die Bevölkerung in der Provinz Kosovo vor Übergriffen der jugoslawischen Sonderpolizei zu schützen. Hierzu ist folgendes zu sagen:

1. Im Kosovo lag bis zum Beginn des Nato-Angriffs kein einseitiges Massaker an der Zivilbevölkerung vor, sondern vielmehr ein Konflikt zwischen zwei bewaffneten Parteien, der UCK und der jugoslawischen Sonderpolizei. Dabei ist es nicht nur müßig, sondern auch ein Akt willkürlicher Parteinehmer, zu bestimmen, wer "angefangen" hat - wenn sich eine entschlossene separatistische Bewegung und eine nicht weniger entschlossene Zentralregierung gegenüberstehen, liegt es in der Natur der Sache, daß sich die Situation zu bewaffneten Kämpfen hochschaukelt. Die Regierung in Belgrad tut dabei, was jede Re-



gierung in dieser Situation tun würde (siehe Kurdistan, Nordirland, Baskenland ect.): sie versucht, die territoriale Integrität ihres Staates notfalls auch mit Waffengewalt zu erhalten. Dies verurteilen wir genauso, wie das Vorgehen unzähliger andere Regierungen auf der Welt - einschließlich einiger NATO-"Partner" - auch.

2. Für die einfachen Leuten im Kosovo bietet der Kampf der UCK übrigens keine Perspektive. Zwar war auch hier mal wieder die Armut der Nährboden für einen "ethnischen" Konflikt, jedoch hat der Kampf der UCK keine sozialrevolutionäre oder auch nur -reformische Stoßrichtung. Die Verschiebung von Grenzlinien, das Austeilen neuer Pässe und eine "nationale Identität" machen leider niemand satt!

3. Daß die NATO nun im Kosovo - ganz anders als etwa im Baskenland oder in Kurdistan - für die Separatisten Partei ergreift, hat nicht humanitäre Gründe, sondern *geostrategische*: Seit dem Zerfall der Warschauer Paktes und der Restauration der Kapitalismus in Osteuropa stellt das wirtschaftlich zwar ruinierte, aber militärisch immer noch mächtige Rußland eine Bedrohung für die "Neue Weltordnung" des Internationalen Währungsfonds (IWF) dar. Die Gläubiger Rußlands versuchen nun ihren Schuldner, in der Befürchtung, er könne sich als schlechter Verlierer erweisen, immer weiter nach Osten abzudrängen und zu isolieren (NATO/EU-Osterweiterung). Und da die Regierung in Belgrad der einzige (quasi) Verbündete Rußlands außerhalb der GUS ist, kommt der Zerfall Jugoslawiens durch "ethnische" Konflikte der NATO sehr gelegen. Mit der



NATO-Intervention zugunsten der UCK haben die innerimperialistischen Widersprüche eine beunruhigende Zuspitzung erfahren: Die NATO hat sich erstmals über das Veto Rußlands und Chinas im Weltsicherheitsrat hinweg- und damit die UN-Charta außer Kraft gesetzt!

4. Daß Deutschland dabei mitmacht, ist besonders bedenklich. Nicht nur, daß Deutschland damit zum ersten Mal seit 1945 wieder Krieg führt, übrigens verfassungswidriger Weise einen *Angriffskrieg* (dies - welch Ironie der Geschichte - auch noch unter einer "rot-grünen" Bundesregierung); indem Deutschland zum dritten Mal in diesem Jahrhundert Krieg gegen Jugoslawien führt, nimmt es nicht nur an einem imperialistischen Abenteuer der NATO teil, sondern greift auch eine eigene imperialistische Strategie aus früheren Zeiten wieder auf. Seit den Tagen, als wir noch einen Kaiser hatten, war die deutsche Außenpolitik - in Konkurrenz zu Rußland - darauf orientiert, dem deutschen Großkapital Einflußsphären in Südost-Europa zu sichern (so wie die US-Regierung Lateinamerika als ihren Hinterhof betrachtet). Wurde dieser deutsche Draht nach Südosten während des Kalten Kriegs durch den Eisernen Vorhang behindert, so hat nun sich vielerorten die DM als Zweitwährung durchgesetzt. Politisch abge-

Texte zum Krieg

Die Komplexität des Themas läßt eine ausführliche Analyse und Darstellung in einem Artikel nicht zu. Deshalb haben wir uns entschieden, einen Reader mit Texten zum Krieg herauszugeben.

Dieser ist bei uns für den Preis der Kopierkosten erhältlich und kann auch für DM 4 in Briefmarken bestellt werden.

Editorial

Du ist es nun wieder, das neue Semester und mit ihm auch all die Freuden und Ärgernisse, wie sie sich mit einem Studium so verbinden. Natürlich sind alle Hochschulgruppen bestrebt, Euch, die alten Umhänser, aber ganz besonders auch die StudienanfängerInnen für ihre Thematik zu interessieren und zur Mitarbeit zu gewinnen.

Wir natürlich auch. Die AMS ist aus der Hochschulgruppe Junge KommunistInnen (JKOI) hervorgegangen und hat im letzten Jahr noch als JKOI-AMS an der Hamburger Uni gewirkt. Inzwischen ist die AMS eine eigenständige Gruppe und als solche Teil der bundesweiten Studierendenorganisation, der Assoziation Marxistischer StudentInnen.

Vieles von dem, was wir Euch hier vorstellen werden, ist an anderen Unis ebenso Thema wie hier in Hamburg, und kann deshalb auch nur gemeinsam mit anderen Studierenden im Land angegangen werden.

Eingezogen ist aber auch Hamburger Spezialika, weshalb wir glauben,

konkret vor Ort etwas erreichen zu können.

Schwierig ist dies allemal und wir haben dabei keine großen Hoffnungen in den zukünftigen Nato-oliven AStA (Grüne). Das Wahlvolk entschied sich gegen ein eindeutig linkes Studierendenparlament und für Gruppen, die wieder Ruhe auf dem Campus versprochen.

Nicht desto trotz werden wir uns mit unserem Standpunkt einbringen. Einige Positionen könnt ihr dieser Zeitung entnehmen. Alle nicht, dafür muß ihr dann doch einmal auf unseren Gruppenabend vorbeischaun; für den Fall, daß wir Euer Interesse geweckt haben.

Was Euch erwartet

- Krieg im Kosovo
- Editorial
- "working poor"
- Studiechipkarten
- Semesterticket
- Die Welt des Herrn Löhje
- Pest gegen Cholera
- Selbstdarstellung
- Kontakt und Termine

chert wird dieser "Erfolg" durch eine Außenpolitik nach dem Prinzip: Opportune Regime (wie etwa die Tudschman-Diktatur in Kroatien durch Geld, Waffen und Militärberater), mißliebige Regime, wie eben die Rußland zugeneigte Milosovic-Diktatur in Jugoslawien werden (auf einmal unter Berufung auf die Menschenrechte) bekämpft - durch Unterstützung von Separatisten und nun auch durch offenen Krieg.

Für die Linke kann es in dieser Situation nicht darum gehen, in zwischenstaatlichen Konflikten Partei für die eine oder andere Seite zu ergreifen. Unser Ziel muß es vielmehr sein, im Sinne eines proletarischen Internationalismus den Krieg zu

sabotieren. Diese Position können wir jedoch nur glaubhaft vertreten, wenn wir damit im eigenen Land anfangen. Aus diesem Grund fordern wir:

**Bundeswehr raus
aus dem Balkan!**

**Grenzen auf für alle
Flüchtlinge und
Deserteure!**

**Solidarität mit
pazifistischen und
sozialrevolutionären
Bewegungen im
Kriegsgebiet!**

"working poor" unter Studierenden

Studieren ist teuer - auch ohne Studiengebühren. In Hamburg sogar noch teurer: die Lebenshaltungskosten sind rund 15%, über dem Durchschnitt der alten Bundesländer und wesentlich höher, als in den transeibischen Kolonien (neue Bundesländer).

Die durchschnittlichen *Gesamtausgaben* des sogenannten Normal-Studies (wohnt nicht bei den Eltern, ledig, im Erststudium = 63% aller Hamburger StudentInnen) beliefen sich in Höhe von 1443 DM (Durchschnitt alte Bundesländer 1283 DM). Hierbei gaben Männer mit 1465 DM mehr aus als Frauen mit 1410 DM.

Demgegenüber stehen die durchschnittlichen *Gesamteinnahmen* von Studies in Hamburg. Sie betragen im Berichtszeitraum 1544 DM. Dabei verfügten Männer im Schnitt über 1576 DM und Frauen über 1496 DM.

Tatsächlich arm ist, wer als Einnahmen (bzw. Guthaben) weniger als die durchschnittlichen Ausgaben zur Verfügung hat. Als relativ arm kann bezeichnet werden wer über weniger als die durchschnittlichen Einnahmen verfügt.

In Hamburg haben 66,1 % der Normalstudies weniger als 1401 DM zur Verfügung. Wobei Frauen statistisch noch schlechter dastehen, als ihre männlichen Kommilitonen.

75,8 % der Studies müssen durch Jobben ihren Lebensunterhalt bestreiten. Der eigene Verdienst als Finanzierungsquelle liegt mit 44% auf dem bisherigen Höchststand und hat die Elternleistung (39%) als wichtigste Finanzierungsquelle abgelöst. 77,4 % jobben während des Semesters und 66,2 % jobben während des Semesters und in den Semesterferien.

Quelle:

Bericht des Studentenwerks Hamburg "Zur sozialen Lage der Studierenden an den Hamburger Hochschulen im Jahre 1997", erschienen im Dezember 1998. Alle Daten sind bezogen auf das Sommersemester 1997. Der Bericht ist erhältlich im Geschäftszimmer des Studentenwerks Hamburg, Gebäude an der Uni-Mensa, 2. Stock.

Droht der gläserne Studie?

"Die neue Chipkarte wird sie durch ihr ganzes Studium an der Universität Hamburg begleiten" (Zitat aus dem Anschreiben der Rückmeldung), drohen HASPA und Studentensekretariat.

Nehmen wir dies einmal wörtlich: Stellt Euch vor, Ihr habt eine Karte, auf der nicht nur gespeichert ist, wieviel Geld Ihr noch in der Tasche habt und welche Bücher ihr Euch in welcher Bibliothek (inkl. Leihzeitüberschreitungen) ausgeliehen habt, sondern auch, welche Seminare Ihr besucht, welche Scheine Ihr gemacht habt usw. Verspätungen und Fehlzeiten registriert die Seminarrautür automatisch. Dies wird dann bei jeder Rückmeldung vom Studentensekretariat automatisch verarbeitet.

Reiner Wahn? Vielleicht, aber technisch problemlos machbar.

Schöner Leben mit der Studie-Card

Für den besser geöten Eintritt in die schöne neue Warenwelt haben sich jetzt Studentensekretariat und Hamburger Sparkasse zusammengenommen. Mit dem Wintersemester 1999/2000 führen sie einen "chipkarten basierenden" Studierenden Ausweis als Angebot für nur DM 10,- ein.

Studierendenausweis, Semesterticket, Bibliotheksausweis und nicht zuletzt elektronische Geldbörse mit Foto, Name und Matrikelnummer "alles in ihrer Uni-Hamburg-Card vereint (...) wird Ihnen das Leben an der Universität bequemer und leichter machen", frohlocken Studentensekretariat und HASPA.

Und alles im gegenseitigen Nutzen. Die Verwaltung findet es "wie einen Sechser im Lotto", daß sie die HASPA als Sponsor der Chipkarte gewinnen kann. Dadurch, daß die Studierenden in Zukunft Rückmeldung, Ausstellen der Semesterbescheinigung und Adressänderungen

selbständig mit der Chipkarte am Terminal übernehmen können läßt sich die Verwaltung nicht unerheblich entlasten.

Die HASPA bekommt im innovativen Marktsegment der Studierenden ein Versuchsfeld zur Einführung ihres bargeldlosen Zahlungssystems der Zukunft (z.B. Internet und die HASPA stellt dann als Computersystem).

Die Perspektive ist vielversprechend. Die HASPA kann ihre Präsenz auf dem Campus weiter ausbauen und gewinnt zukünftige Kunden, die Verwaltung hat schon neue Rationalisierungsmöglichkeiten entdeckt: Scheinerverwaltung, Credit-Points, Prüfungsverfahren, Abbuchung (zukünftig einzuführender) Gebühren: alles einfach und bequem per Karte.

Und damit alles seine bürgerliche Ordnung hat und die HASPA sich

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Studiechipkarte

nicht über die Bestechung einer öffentlichen Institution (Sponsoring) einen bevorzugten Marktzugang verschafft, funktioniert die Geldkarte kontoungelunden, d.h. sie läßt sich auch an Terminals aufladen, die nicht der HASPA gehören.

Wir meinen zwar nicht, daß die neue Studi-Chipkarte ein direktes

Klassenverhältnis ausdrückt, wohl aber, daß sie die Voraussetzung der kapitalistischen Gesellschaft, alles und jedes zur Ware zu machen, trefflich verkörpert.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden vom vereinzelt Individuum abgelöst und treten ihm als gegenständliches Verhältnis gegenüber - eben als Uni-Hamburger-Card.

In Form von Merkmalsausprägungen in verschiedenen Computersystemen werden die Verhältnisse auf das reduziert, was in der bürgerlichen Gesellschaft zählt: Status und Eigentum. Der verbleibende Rest ist Biomasse als Träger von Arbeitskraft und "individuellen" Konsumwünschen.



Semesterticket und alles wird gut?

Ende April wird der grüne ASTA wieder mit dem stadteigenen HVV über den Preis des Semesterticket verhandeln. Und die "Grüne Hochschulguppe", die dieses Ticket 1994/95 eingeführt hat, wird es nicht versäumen, den Studierenden, insbesondere den ErstsemesterInnen, zu sagen, wie glücklich sie sich schätzen dürfen. Hierzu sind nun einige klare Worte notwendig:

1. Das Semesterticket ist sicherlich für die meisten Studierenden das kleinere Übel gegenüber dem gewöhnlichen Ticket. Die soziale Erregungenschaft, als die es von der "Grünen Hochschulgruppe" verkauft wird, ist es jedoch nicht. Zum einen handelt es sich hierbei nämlich um das teuerste Semesterticket in der ganzen Berliner Republik (DM 221,50), zum anderen ist es ja auch nicht gerade so, daß dieses Semesterticket dem HVV abgetrotzt werden mußte. Der HVV profitiert vielmehr von diesem Geschäft, denn es sichert ihm risikofrei und ohne Verwaltungsaufwand eine verlässliche Einnahme von knapp 20 Mio. DM im Jahr.

2. Ein wirklicher Fortschritt, der sich übrigens durchaus noch im Rahmen von systemimmanenten Reformen durchsetzen ließe und somit "eigentlich" auch von den ja immerhin im ASTA und im Senat (mit-)regierenden "Grünen" zu bewerkstelligen sein müßte, wäre

hingegen der Beitritt der Studierenden zum Hamburger Sozialticket. Dieses Ticket kostet z. Zt. 30 DM und gilt allerdings bislang nur für SozialhilfeempfängerInnen. Wenn man also das Sozialticket für die Studierenden fordert, sollte man doch auch zumindest noch jene Bevölkerungsgruppen miteinbeziehen, die ebenfalls kein eigenes Einkommen haben (Jugendliche, RentnerInnen, Erwerbslose und Auszubildende; Kinder umsonst). Überdies muß die zeitliche Einschränkung

(nicht vor 9 Uhr, nicht zwischen 12 und 18 Uhr) aufgehoben werden.

3. Und mal ganz grundsätzlich: In dieser Gesellschaft ist räumliche Mobilität eine von Behörden und Unternehmen aufgestellte Forderung an die BürgerInnen. Die Leute müssen immer öfter immer weitere Strecken zurücklegen, weil der Chef (oder auch der Ausbilder oder der Staat, der Kindergarten, Krankenhäuser, Stadtbüchereien und Fachbereiche wegspar) es von ihnen verlangt - was für sich genommen schon eine Frechheit ist -, und müssen auch noch dafür selber bezahlen, damit ja nicht die Unternehmensprofite oder der Staatshaushalt belastet werden. Insofern geht es

auch hier mal wieder - genau wie bei den Lohnverhandlungen oder in der Steuerpolitik - um die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Hierbei fordern KommunistInnen in letzter Konsequenz den Nulltarif für alle (im Kapitalismus zunächst einmal damit die ohnehin niedrigen Masseneinkommen nicht auch noch durch hohe Fahrtkosten aufgezehrt werden, aber auch ganz generell, damit die gleichberechtigte Teilhabe aller am kulturellen Leben im weitesten Sinne gewährleistet ist.)

4. Eine wie auch immer geartete Senkung der HVV-Tarife wird jedoch nicht erreicht werden durch ganz sicher "knallharte Verhandlungen" zwischen dem grünen ASTA und dem rot-grünen Senat, sondern indem die Studierenden zusammen mit anderen Betroffenen anfangen selber Druck aufzubauen. Dies geht am besten mit so altmodischen Mitteln wie Demonstrationen (vor dem Rathaus, wo der rot-grüne Senat sitzt), Besetzungsaktionen (im HVV-Gebäude am Steindamm) oder Initiierung einer breiten SchwarzfahrerInnenbewegung.

In diesem Sinne:

- **Keinen Schritt zurück hinter das Semesterticket!**
- **Beitritt zum verbesserten Hamburger Sozialticket!**
- **Nulltarif für alle!**



Die Welt des Herrn Lütjhe

Stellt Euch folgendes vor: Ihr fangt mit Eurem Studium an der hiesigen Uni an. Eure Eltern haben leider nicht so viel Geld, um Euch den Lebensunterhalt während des Studiums zu zahlen. Außerdem haben sie auch "vergessen", auf Euer persönliches Bildungskonto beizeiten einzuzahlen, so daß Ihr jetzt mittellos das Studium aufnehmen müßt. Ihr holt Euch ein staatlich gefördertes Bildungsdarlehen mit 7% Zinsen. BAföG gibt es schon lange nicht mehr. Am Ende des Studiums wartet ein Schuldenberg von 56.000 DM auf Euch. Ob Ihr eine Einstellung nach dem Studium bekommt, wißt Ihr heute noch nicht genau. In Eurem Studienvertrag, den Ihr zu Beginn des Studiums mit der Uni Hamburg abschließen müßt, steht drin, daß Ihr den Leistungserfolg

des Studiums nicht gefährden dürft. Auch den regelmäßigen Leistungskontrollen habt ihr mit Eurer Unterschrift vorbehaltlos zugestimmt. Vorbei sind die Zeiten, in denen neben dem Studium noch gejobbt werden konnte. Wer nicht regelmäßig in den Seminaren Präsenz zeigt, fliegt raus!

Nun, haltet Ihr dieses Szenario für absurd und für übertrieben?

Es mag heute manches absurd und unvorstellbar erscheinen, was morgen vielleicht schon Realität ist. Ihr wäret auf jeden Fall nicht die Ersten in der Geschichte der Menschheit, denen so etwas passiert. Aber wir sind keine Propheten. Wie die Hochschule in der Zukunft genau aussehen wird, wissen auch wir nicht. Aber die gegenwärtigen Tendenzen machen uns Sorgen. Die zukünftige konkrete Entwicklung wird auch davon abhängen, ob es uns gemeinsam gelingt, Salz in die Suppe der "Uni-Macher" zu streuen.

Die Vorgeschichte

Herr Dr. Jürgen Lütjhe, der Präsident der Universität Hamburg, hat eine verantwortungsvolle Aufgabe. Er will, daß die Universität sich als sein privates Schmuckstück im rauen Sturm der globalen Konkurrenz erfolgreich behauptet. Doch das ist leichter gesagt als getan. Von staatswegen her gibt es schon lange nicht mehr genug Geld, um den Universitätsbetrieb in gewohnter Weise fortzuführen. Doch das ist gar kein Problem für den großen Steuermann Lütjhe: Die Knappheit der Mittel ist sogar gut. Sie zwingt die Anbieter von akademischer Bil-



Dr. Jürgen Lütjhe
Aufsichtsratsvorsitzender Uni-HH

dung nämlich dazu, sich effizienter zu organisieren (sinngemäß aus der Studie der Hans-Böckler-Stiftung, an der Herr Lütjhe beteiligt gewesen ist). Wenn die Hochschulen mit einem Globalhaushalt arbeiten müssen, dann würden sie endlich die vielen Löcher stopfen, in denen die knappen Staatsmittel in der Vergangenheit versickert wären. So z.B. in den Löchern unnützer Studiengänge wie die Geisteswissenschaften.

Inzwischen sind die gesamtgesellschaftlichen Reichtümer in die Hand Weniger von unten nach oben gesieckert worden. Der Staat hat objektiv weniger Mittel zu vergeben. Nach dem neoliberalen Wirtschaftsmodell geht es auch nicht an, daß das schöne deutsche Geld durch zu viele Hände geht. In der Hand Weniger soll es die gewünschte Wirkung der "harten Währung" und der "globalen Konkurrenzfähigkeit" bekommen. Wer wenig oder kein Geld hat, hat eben Pech gehabt. Der Unipräsident von morgen versucht also gar nicht erst, den Staat um Geld anzubetteln. Er arbeitet mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung zusammen, um sie bei ihren Veränderungswünschen für das Hochschulwesen zu unterstützen. Aus einer Not soll eine Tugend werden. In zahlreichen Institutionen ist Herr Lütjhe seit mehreren Jahren tätig. Eine kurze Beschreibung soll die Zusammenhänge verdeutlichen:

Jürgen Lütjhe im O-Ton:

"Mit dieser Zielsetzung schildere ich drei Versuche der Universität Hamburg, bestehende Probleme zu lösen.

1. Wir haben mit vier anderen nord-deutschen Universitäten als erste eine systematische interne und externe Evaluation von Studiengängen eingeleitet. Wir haben damit hervorragende Erfahrungen gemacht. Ich danke dem Stifterverband dafür, daß er dies anerkannt hat.

2. In dem Dilemma, innerhalb von drei Jahren 15% der Kapazität durch Streichung jeder zweiten freierwerdenden Stelle abzubauen zu sollen, haben wir uns entschlossen, uns durch eine externe Beratungsguppe beraten zu lassen. Auch dadurch sind sehr viele positive Anstrengungen ausgelöst worden.

3. Mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung versucht die Universität Hamburg, das Management und Selbstverwaltungssystem der Universität zu reorganisieren.

Ich habe diese drei Beispiele genannt, damit sich hier nicht der Stimmung ausbreitet, in deutschen Universitäten geschähe nichts. Es geschieht mehr, als wahrgenommen wird." (Jürgen Lütjhe im Villa-Hügel-Gespräch vom 29. Oktober 1996).



1. Das Centrum für Hochschulentwicklung, Stiftung der Firma Bertelsmann.

Ein "Think-Tank" in dem neoliberale Ideen auf das Hochschulwesen angewandt werden. In der jüngsten Publikation, an der Herr Lütjhe namentlich beteiligt gewesen ist, finden sich Forderungen wie totale Abschaffung des BAFöG, Eigenbeiträge fürs Studium, und Bildungsdarlehen mit laufenden Zinsen von 7% pro Jahr! (InvestF und GefoS, Modelle der individuellen und institutionellen Bildungsfinanzierung im Hochschulbereich, Gütersloh im Februar 1999)

2. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Eine direkte Stiftung der Firma Krupp. Der Aufsichtsratsvorsitzende des Stifterverbandes ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Siemens, München. Im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat Jürgen Lütjhe einen festen Platz. Er gilt dort als Fachmann aus der Praxis. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft arbeitet mit dem Centrum für Hochschulentwicklung eng zusammen.

3. Hans-Böckler-Stiftung des DGB

An der Studie: Für ein verändertes Bildungswesen hat Herr Lütjhe mitgeschrieben. In dieser Studie wird auf die Notwendigkeit der "Effizienz" der Hochschulen verwiesen, da es kein Geld mehr gäbe. Der spektakulärste Vorschlag ist das Bildungskonto, welches jeder Bundesbürger bei seiner Geburt erhält und in das selbst eingezahlt werden soll, um später die Studiengebühren aufzubringen.

Die inhaltlichen Darstellungen im Folgenden beziehen sich auf die Äußerungen Lütjhes in den oben genannten Publikationen bzw. Institutionen.

Kommentar

Mit der Delegation des forschungsleitenden Interesses an den Markt büßt die Universität nicht nur ihre Kritikfähigkeit gegenüber dem gesellschaftlichen Status Quo - genauer gesagt den Prinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung - ein, sie macht sie sogar zu ihrem obersten Grundsatz. Nicht auf die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und die Herstellung eines vernünftigen gesellschaftlichen Zustandes zielende Planung, sondern die wirksame Nachfrage bestimmt die Entwicklung. Die wirksame Nachfrage ist als Ausgleichsprodukt der subjektiven Gesellschaftskalküle auf dem Markt ein Ausdruck eines unbewußten gesellschaftlichen Zustandes. Daß dieser Zustand in sich widersprüchlich und nicht verallgemeinerungsfähig ist, veraten die aus ihm hervorgehenden Interessenkoalitionen: Für die "Stärkung" des Wirtschaftsstandortes Hamburg, für den "Wirtschaftsstandort Deutschland": Regionalismen und Nationalismen im Zustand der Konkurrenz. Diese genauso rassistischen wie kriegstauglichen Imperative zum forschungsleitenden Interesse zu machen, ist der Gipfel breitärtschigen akademischen Opportunismus.

Das Problem mit der Transparenz:

Viel ist unter dem Stichwort Transparenz gesagt worden. Ein vieldeutiger Begriff. Die einen verstehen darunter mehr Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen. Die anderen meinen, die Unübersichtlichkeit der Hochschulen müsse aufgelöst werden, auch im Hinblick auf den leistungswilligen Studenten, der ein Recht auf ein klares Dienstleistungsangebot habe (sofern er auch zahlungskräftig ist). Herr Lütjhe meint dazu im Besonderen:

Ein Globalhaushalt sei schon eine gute Sache. Hier stimmt er dem SPD-Senat voll zu. Das Geld müsse nach Leistung der Universität und nach der studentischen Nachfrage für bestimmte Studiengänge vergeben werden.

Sämtliche Leistungen der Universität müssen meßbar auf den Tisch gebracht werden. Einem Input von Geld muß der gewünschte Output von Leistung folgen. Alles muß unter dieser Prämisse meßbar gemacht werden. Studiengänge und StudentInnen müssen durch mehr Leistungskontrollen abgerufen werden. Erfolgskontrollen sind angesagt.

Schluß mit dem Versteckspiel in schmutzigen StudentInnen-Cafes. Ran an die Klausuren, hin zum verschulden Unterricht. Aber wer bestimmt darüber, was abgefragt wird und wie die Leistungen inhaltlich festgelegt werden? Darüber verlieren die Herren Lütjhe und Co. auffallend sparsame Worte!

Das Problem mit dem Standort Hochschule

Was sind schon Studieninhalte und Mitbestimmung, wenn es um das Prestige eines Top-Hochschulstandortes wie der Universität Hamburg geht. Die AkademikerInnen von Morgen sollen ihre Universität repräsentieren.

Sie sollen den Schein erwecken, daß die Universität Hamburg ein wichtiger und guter Hochschulstandort ist. Und der Erfolg des Standorts Hochschule mißt sich vor allem daran, wieviele Drittgelder eingeholt werden können. Denn es ist Lütjhe vollkommen klar, daß mit den kläglichen Mitteln des Senats keine richtige Party steigt.

Der Wert, den die Sponsoren und Unternehmer der Hamburger Universität zubilligen, mißt sich direkt in der Höhe und im Ertrag von Sponsorgeldern. Und damit die

möglichen Sponsoren der Universität Hamburg auch tatsächlich Wert beimessen (und zwar nur dieser allein), muß so einiges passieren, damit ihren Vorstellungen entsprochen wird. An dieser Stelle beantwortet sich die oben aufgeworfene Frage nach den Inhalten der Leistungen, die da transparent gemacht werden sollen.

Indes, was die StudentInnen in der Hochschule lernen oder auch nicht lernen, interessiert Herrn Lütjhe nicht wirklich. Hauptsache, er kann seine StudentInnen als Aushängeschild benutzen. Was die Absolventinnen hinterher können, ist ihm echt egal. Darüber sollen eben die Sponsoren entscheiden. Ein paar staatlichen Auflagen müssen noch eingehalten werden, damit nichts beanstandet wird. Gesellschaftlicher Bildungsauftrag also ade? Wir befürchten, daß gerade dies der neue staatliche Bildungsauftrag ist: Die bedingungslose Unterwerfung unter die Bedürfnisse des Kapitals.

Epilog

Und eines Tages betritt der Retter und Erlöser die Tribüne: Seht her, an meiner Universität wird Licht: Der neue Flügelbau ist erschaffen. In ihm ergießt sich die heilige Vorsehung der Herren Sponsoren. In seinem weißen und glatten Marmor sehe ich mich, so wie ich selber gesehen werden will. Mit seiner kühlen Architektur zeugt dieser Bau von Tatkraft und Neuanfang. Wie es die Ironie der Geschichte will, steht der Flügelbau exakt an der Stelle, an der vor 50 Jahren die jüdischen BewohnerInnen des Grindelviertels in die Konzentrationslager des 3. Reiches deportiert wurden; der Mann, der den Flügelbau stiftete, Helmut Greve, hatte in der Nazizeit eine aktive Rolle inne und hat somit selber zum Holocaust beigetragen. Doch davon will Herr Lütjhe lieber nichts wissen.

Pest gegen Cholera

Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen

Krista Sager hat's festgestellt. Jürgen Lütjhe auch: *"Die Hochschulen haben für die Wissenschafts-, Kultur- und Forschungsregion Hamburg eine zentrale Bedeutung."* Zum weiteren Wohlergehen dieser unserer Region wurden Anfang März die "Ziel- und Leistungsvereinbarungen" von der Behörde für Wissenschaft und Forschung und der Universität Hamburg unterzeichnet.

Dadurch erhält die Uni im Rahmen des "Neuen Steuerungsmodells" Globalautonomie über drei Jahre für ihren Haushalt, sprich für die sowieso schon viel zu knappen Gelder.

Das ist der Teil, den die Behörde dabei zu erfüllen hat (Verzicht auf einen Teil der Finanzhoheit).

Was ist denn nun die Gegenleistung der Uni in Rahmen der "Ziel- und Leistungsvereinbarungen"?

* Die u.a. durch die Ergebnisse einer Externen Beratungskommission ("Grottemeyerkommission") eingeleitete Umstrukturierung der Fachbereiche wird forciert. Geplant ist die Reduzierung, Straffung, Zusammenlegung und Neustrukturierung von Fachbereichen. Kurz gesagt: Was nicht marktkonform ist oder der Profilbildung dient, fliegt raus. Und praktischerweise muß die von Lütjhe präferierte Umstrukturierung der Fachbereiche jetzt durchgezogen werden, schließlich steht es in der Vereinbarung.

* Im Rahmen der Neustrukturierung der wissenschaftlichen Fachbibliotheken sollen die Buchbestände nicht nur in Schwerpunktbibliotheken zusammengefaßt, sondern auch auf die *"Aussonderung entbehrlicher Literatur"* hin überprüft

werden. Dafür wird dann die Ausrüstung mit moderner Bibliothekstechnik verbessert. Mensch kann dann besser sehen, was es nicht mehr gibt.

* Ebenfalls forciert wird im Bereich Lehre und Studium die Einführung eines *"studienbegleitenden Prüfungssystems"*, mit dem praktisch jeder Schritt und jeder Schein überprüft und abrechenbar wird (früher "Credit Points", jetzt European Credit Transfer System - ECTS).

* Auch die Einführung von "Gestuftem Abschlüssen" soll über diese Vereinbarung umgesetzt werden. Geplant ist die Einführung des Baccalaureus als 6-semestriger Studiengang für die Masse. Nur bis zu diesem Abschluß soll es BAföG geben (erster Abschluß). Der Masterabschluß soll nur für eine Minderheit erreichbar sein.

* Im Bereich "Forschung und Wissenstransfer" soll gezielt Profilbildung getrieben werden, damit der Unistandort Hamburg in der Deutschen Hochschullandschaft bestehen kann. Die Fachbereiche sind angewiesen, *"Profile ihrer zukünftigen Forschungsentwicklung"* zu erstellen.

Profilbildung bedeutet, daß die Fachbereiche ihre Inhalte auf die Interessen möglicher Sponsoren ausrichten.

* Einen *"besonderen wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Stellenwert"* hat dabei die Forschung zu *"Voraussetzungen und Folgen biotechnologischer Entwicklungen"*.

* Dazu gehört natürlich die richtige Marketingstrategie, weshalb die Uni *"zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hamburg... ein Gesamtkonzept für ihren Wissens-*

Wir meinen: Durch diese Ziel- und Leistungsvereinbarungen schafft sich der Präsident selbst die Möglichkeit, umzusetzen, was er immer schon umsetzen wollte und sich dabei argumentativ auf den vereinbarten Vertrag zurückziehen zu können. So werden neue Verhältnisse geschaffen, die als Sachzwänge verkauft werden können. So wird der Sachzwang zum Gesetz.

Alle Zitate (kursiv) sind aus den "Ziel- und Leistungsvereinbarungen".

Termine

jeden Freitag 16h, AMS-Treffen

Mi. 14. April, 20h, HWP

Film und Diskussion zur Abschiebung von Kurden in die Türkei

Do. 15. April, 18 h, StuPa-Sitzung

16.-18. April, Hannover
Bundestreffen der AMS

17. 4, 19h Magda-Thürey-
Zentrum (Lindenallee 72)

40Jahre cubanische Revolution -
38. Jahrestag der Schweinebucht
anschließend Fiesta

24. April, Aktionstag
Mumia Abu-Jamal

19:30 h, Lange Reihe 30-32

Peña Violeta Parra

Lateinamerikanische Folklore
und Essen

1. Mai-Demonstration

6. Mai, 19:30h, W3

Mobilisierungsveranstaltung
EU/G7-Gipfel, mit franz.
Arbeitslosenvertreter

Do. 3. Juni, Köln, Demo
wg. EU- und WW-Gipfel

AMS

Assoziation Marxistischer StudentInnen

"Mie-en-leh nannte viele Bedingungen für den Umsturz, aber er wußte keine Zeit, wo nicht an ihm zu arbeiten war." (B. Brecht*)

Die Hamburger Gruppe der AMS ist aus der Hochschulgruppe Junge KommunistInnen (JUKO) hervorgegangen. In ihr haben sich StudentInnen der Hamburger Uni und der HWP zusammengeschlossen, weil die Zeiten zwar hart sind, sie aber nicht auf ein höheres Wesen warten wollten, sondern anfangen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Weil wir eine Gesellschaft anstreben, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, wie wir mit Marx in unserer Grundsatzerklärung formulierten.

Die AMS ist die z.Z. einzige bundesweit agierende marxistische StudentInnenorganisation.

Als StudentInnenorganisation haben wir einen besonderen Schwerpunkt der Hochschulpolitik, halten aber auch sonst nicht das Maul und zeigen Zähne. Da wir nicht einsehen, daß sich Hochschulen und überhaupt die ganze Gesellschaft im Interesse der Konzerne ausrichten soll, und weil wir noch immer nicht begreifen wollen, nur im Interesse von Konzernen nützlich zu sein, die beständig gegen die Interessen der ungeheuren Mehrheit der Menschheit verstoßen, lehnen wir alle Schritte in Richtung einer Privatisierung der Hochschulen, sei es durch Sponsoring, private Finanzierung oder unternehmerische Orientierung, ab. Der paradoxe Zustand, daß zwar in der Gesellschaft immer mehr Mittel für Bildung, für

nützliche Wissenschaft, für die freie Entfaltung der Persönlichkeit vorhanden wären, aber immer weniger Menschen in den Genuß derselben gelangen sollen, ist für uns nicht hinnehmbar. Wir wollen die Universität als politischen und wissenschaftlichen Raum, frei von administrativen und sozialen Zulassungsbeschränkungen, damit Wissenschaften real, nicht nur der herrschenden Propaganda nach, im Interesse der Menschheit stattfinden. Da es zu Krisenzeiten wie diesen, nicht nur Kritik, sondern auch Krieg gibt, stellen wir uns gegen Nazis, Rassisten, Kriegstreiber und andere Reaktionäre, beteiligen uns an und initiieren im Bündnis mit anderen antifaschistische und antiimperialistische Kämpfe.

Eine Nähe zur Klasse der Arbeitenden, ihren Aktivitäten und Organisationen, ergibt sich für uns von selbst. Eine Mehrheit der Studierenden jobs bereits während des Studiums und ist - entgegen aller Illusionen - auch danach darauf angewiesen ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

*in Meti - Buch der Wendungen.
Mie-en-leh steht dort für Lenin.

Die AMS trifft sich jeden Freitag, 16 Uhr, im RomanistInnen-Café, Philturm, 7. Etage.

Adresse:

AMS
Lindenallee 72
20259 Hamburg

eMehl:

juko@rrz.uni-hamburg.de

Homepage:

www.rrz.uni-hamburg.de/juko/